

Christoph Butterwegge

„Globalisierung“ als Schlüsselthema der politischen Bildung

Die aktuelle Debatte über den Umbau des Sozialstaates, meistens mit der Globalisierung und der Notwendigkeit begründet, den „Standort D“ zu sichern (vgl. hierzu: Butterwegge 2001), lässt die politische Bildung nicht unberührt. Letztere muss vielmehr auf den Globalisierungsprozess reagieren, ihn aber auch zum Thema machen. Zu fragen ist daher nicht nur, ob und ggf. wie der ökonomische Globalisierungsprozess die politische Bildung innerhalb und außerhalb der Schule bzw. ihre Träger und Teilnehmer/innen verändert hat (vgl. dazu: Hufer 2002; Nonnenmacher 2002), sondern darüber hinaus, welcher Art die Beschäftigung damit sein soll.

Globalisierung als gesellschaftspolitisches Großprojekt des Neoliberalismus

Stephan Adolphs, Wolfgang Hörbe und Serhat Karkayali unterscheiden *drei* Grundpositionen der Globalisierungsdiskussion voneinander, die sie als „Projekt-“, „Ideologie-“ und „Sachzwangthese“ kennzeichnen. Letztere bilde „eine Form des Ökonomie-Fetischs“, die ignoriere, dass Veränderungen der Weltwirtschaft auch das Ergebnis gesellschaftlicher Kämpfe und politischer Entscheidungen seien. „Die VertreterInnen der *Ideologie-These* leugnen nicht nur die Umbrüche und Veränderungen, die zu einer neuen Qualität des kapitalistischen Reproduktionszusammenhangs geführt haben; mit ihrem aufklärerischen Habitus übersehen sie die überaus wirkungsmächtige Dimension diskursiver Performanz – Ideologie wird hier nur als eine Art ‚falsches Bewußtsein‘ verstanden.“ (Adolphs et al. 1998: 102) Globalisierung müsse demgegenüber als Bestandteil und Resultat einer Vielzahl von „Politikprojekten“ begriffen werden, die andere Formen der Regulation zu etablieren suchten, um damit die sich wegen permanenter Krisenprozesse häufenden gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte einzuhegen.

Das neoliberale Projekt einer Standortpolitik bezweckt eine Umverteilung von Reichtum, Macht und Lebenschancen. Es versteht Globalisierung als „Gegenreform“, als Restauration des Kapitalismus vor John Maynard Keynes (vgl. Huffs Schmid 1998). Was als „Modernisierung“ klassifiziert wird, ist teils nur die Rücknahme demokratischer und sozialer Reformen bzw. Regulierungsmaßnahmen, mit denen die Staaten das Kapital einer gewissen Kontrolle unterwarfen. Es geht um die Ökonomisierung (fast) aller Gesellschaftsbereiche, deren Restrukturierung nach dem privatkapitalistischen Marktmodell und die Generalisierung seiner betriebswirtschaftlichen Effizienzkriterien und Konkurrenzmechanismen.

Man kann von einem „Wirtschaftstotalitarismus“ sprechen, der nach Joachim Bergmann (1998: 334) die „negative Utopie“ des Neoliberalismus ausmacht: „Ökonomische Kriterien, Kosten und Erträge sollen ebenso alle anderen gesellschaftlichen Teilsysteme bestimmen – die soziale Sicherung und die materielle Infrastruktur so gut wie Bildung und Kultur.“

Die sozialpolitische Postmoderne trägt mittelalterliche Züge, etwa im Hinblick auf die Rückkehr schlecht entlohnter Dienstbot(inn)en – häufig Bedienstete mit einem unsicheren Aufenthaltsstatus oder sog. Illegale (vgl. Lutz 2000; Odierna 2000). Denkt man an die Privatisierung des Autobahnbaus oder die geplante Erhebung von Studiengebühren an Hochschulen, drängen sich mit dem Wegezoll, den Feudalherren von Reisenden kassierten, und dem Hörergeld, das früher an den Universitäten entrichtet werden musste, weitere unrühmliche historische Parallelen auf. Als „modern“ gilt heute, was in Wirklichkeit völlig antiquiert ist: z.B. soziale bzw. Existenzunsicherheit, paradoxerweise als notwendige Begleiterscheinung von wirtschaftlicher Selbstständigkeit, individueller Freiheit und persönlicher Eigenverantwortlichkeit gefeiert.

Die neoliberale Hegemonie als Quelle sozialer Asymmetrie und als Gefahr für die Demokratie

Maßnahmen der Privatisierung öffentlicher Unternehmen, sozialer Dienstleistungen und allgemeiner Lebensrisiken, zur Deregulierung gesetzlicher Schutzbestimmungen sowie zur Flexibilisierung der Arbeitsverhältnisse und -zeiten sind Schritte auf dem Weg in eine Gesellschaft, die Konkurrenz und Kommerz prägen. Privatisierung führt in einen Teufelskreis der Entsolidarisierung hinein, weil sich die „besseren Risiken“ aus den allgemeinen Sozial(versicherungs)systemen zurückziehen, wodurch diese noch unattraktiver werden. Praktisch findet eine „Reindividualisierung“ sozialer Risiken statt, worunter Personen mit hohem Gefährdungspotenzial und relativ niedrigem Einkommen am meisten zu leiden haben.

Die neoliberale Hegemonie, wie man die Meinungsführerschaft des Marktradikalismus nennen kann, verschärft aber nicht nur die soziale Asymmetrie des wohlfahrtsstaatlichen Kapitalismus, ist vielmehr auch eine Gefahr für die Demokratie, weil sie Politik, als gesamtgesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozess begriffen, durch sozialökonomische Selektionsmechanismen substituiert (vgl. Butterwegge et al. 1998). Wo die Umverteilung von unten nach oben unter Hinweis auf Globalisierungsprozesse als für den „eigenen Wirtschaftsstandort“ nützlich, ja unbedingt erforderlich legitimiert wird, entsteht ein Klima, das (ethnische) Ab- und Ausgrenzungsbemühungen stützt. Dabei

bilden Zuwanderung und Wohlfahrtsstaatlichkeit keinen antagonistischen Widerspruch, sondern können durchaus eine nützliche Wechselwirkung entfalten (vgl. Butterwegge 2003).

Privatisierungstendenzen stärken sowohl die gesellschaftliche Bedeutung wie auch den Einfluss des Kapitals. „Privat heißt, daß alle zentralen Entscheidungen – jedenfalls prinzipiell – von Leuten und Gremien gefällt werden, die sich nicht öffentlich verantworten müssen.“ (Narr 1999: 26) Somit läuft Privatisierung auf Entpolitisierung, diese wiederum auf Entdemokratisierung hinaus, weil der Bourgeois jene Entscheidungen trifft, die dem Citoyen, dem Gemeinwesen sowie seinen gewählten Repräsentant(inn)en vorbehalten bleiben sollten. „Wer z.B. das Bildungssystem in gegeneinander konkurrierende Unternehmen aufspaltet, die mit eigenen Budgets arbeiten und im Interesse der ‚Wirtschaftlichkeit‘ Gebühren von Studenten, vielleicht demnächst von Schülern, erheben dürfen, der stärkt nicht irgendwelche ‚Eigenverantwortlichkeiten‘, sondern baut das demokratische Recht auf gleiche Bildungschancen unabhängig vom Einkommen ab und entzieht letztlich der demokratischen Gesellschaft die Möglichkeit, ihre Ressourcen sozialstaatlich umzuverteilen.“ (Zeuner 1997: 31)

Der neoliberale Minimalstaat ist eher Kriminal- als Sozialstaat, weil ihn die drastische Reduktion der Wohlfahrt verstärkt zur Repression gegenüber Personen(gruppen) zwingt, die als „Modernisierungs-“ bzw. „Globalisierungsverlierer/innen“ zu Hauptopfern seiner rückwärts gerichteten „Reformpolitik“ werden. „Die Spaltung in eine globale ‚Club-Gesellschaft der Geldvermögensbesitzer‘ und nationale Gesellschaften, die noch immer ‚Arbeitsgesellschaften‘ sind, führt in letzter Konsequenz dazu, daß der Rechtsstaat zu einem Staat mutiert, der den ‚inneren Frieden‘ mit Gewalt aufrechterhalten muß – mit Disziplinierung anstelle von Konsens und mit Sicherheitspolitik anstelle von Sozialpolitik.“ (Mahnkopf 1999: 120) Wilhelm Heitmeyer (2001: 522) spricht von einem „autoritären Kapitalismus“ und weist darauf hin, „daß die Abnahme der Kontrolle wirtschaftlicher Vorgänge als Kennzeichen der Globalisierung mit der Zunahme von Kontrolle im gesellschaftlichen Bereich einhergeht.“

Zuerst werden die Grundrechte von Menschen angetastet, denen man einen Missbrauch staatlicher Sozialleistungen umso eher vorwerfen kann, als sie sich als Leistungsempfänger/innen ohnehin in einer prekären Situation und extrem schwachen Rechtsposition befinden (vgl. dazu: Sonnenfeld 1998). Nachdem man Kürzungen und Zwangsmaßnahmen zu Beginn der 90er-Jahre an Flüchtlingen „ausprobiert“ hatte (Baumann 1998: 35), gerieten auch Einheimische ins Visier: Mittlerweile sind verdachtsunabhängige Personenkontrollen, Platzverweise und Aufenthaltsverbote für Bettler/innen, Obdachlose sowie Drogensüchtige sind in größeren Städten an der Tagesordnung.

Durch seine wahnhaftige Fixierung auf den Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsstandorten schafft der Neoliberalismus gleichzeitig einen Nährboden für jene Ideologie, die ich „Standortnationalismus“ nenne. Seit der welthistorischen Zäsur 1989/90 teilt sich der Nationalismus in zwei Strömungen: einen *völkisch-traditionalistischen Abwehrnationalismus*, der besonders in Ländern dominiert, die ihre Marktöffnung mit sozialen Verwerfungen bezahlen, und einen *modernen Standortnationalismus*, der hauptsächlich dort als Begleiterscheinung des Neoliberalismus fungiert, wo Industrieländer mit Erfolg modernisiert werden. Der zeitgenössische Nationalismus nimmt eine Doppelstruktur an, die sich innerhalb der Ultrarechten reproduziert (vgl. hierzu: Butterwegge 2002: 136 ff.).

Klaus Dörre (2001: 79) diagnostiziert eine „Verklammerung von Wirtschaftsliberalismus und Nationalismus“, was sich im Aufschwung des Rechtspopulismus niederschlägt: „Konstruktionen des Nationalen werden (...) als ideologisches Bindemittel genutzt, um soziale Frustration in autoritäre, obrigkeitstaatliche Orientierungen zu überführen.“ Der moderne Standortnationalismus bezieht die „Sorge um das (deutsche) Vaterland“ auf den Fetisch „internationale Wettbewerbsfähigkeit“ und macht den „eigenen“, im Rahmen der Globalisierung als bedroht dargestellten Wirtschaftsstandort zum Fixpunkt des politischen Handelns. Dass hier auch die rot-grüne Bundesregierung anknüpft, zeigt der vorletzte Satz jener Regierungserklärung, die Gerhard Schröder am 14. März 2003 zur „Agenda 2010“ abgab: „Wir Deutsche können stolz sein auf die Kraft unserer Wirtschaft, auf die Leistungen unserer Menschen, auf die Stärke unserer Nation wie auch auf die sozialen Traditionen unseres Landes.“ (Presse- und Informationsamt der Bundesregierung 2003: 46)

Noch in einer weiteren Hinsicht bereitet die neoliberale Hegemonie den geistigen Nährboden für Rechtsextremismus und Neofaschismus. Die scheinbare Übermacht der Ökonomie gegenüber der Politik bzw. transnationaler Konzerne gegenüber dem einzelnen Nationalstaat zerstört den Glauben junger Menschen an die Gestaltbarkeit von Gesellschaft, treibt sie in die Resignation und verhindert so demokratisches Engagement, das im Zeichen der Globalisierung nötiger denn je wäre (vgl. Klönne 2001: 262).

Aufgaben der politischen Bildung: Die neoliberale Standortlogik widerlegen und Solidarität neu begründen!

Die neoliberale Modernisierung, meist als „Globalisierung“ titulierte und bewusst oder ungewollt zu einem quasi organisch ablaufenden Prozess hypostasiert, erfordert einen Paradigmenwechsel in der politischen Bildung: Politik kann den Teilnehmer(inn)en nicht mehr als autonome, gewissermaßen individuell ausfüllbare Handlungssphäre präsentiert, sondern muss in ihrer wachsenden Abhängigkeit

von den ökonomischen Verwertungsimperativen und den bestehenden Herrschaftsverhältnissen als eigener Gestaltungsraum bürgerlich-demokratischen Engagements erst wieder rekonstruiert werden.

Durch die Modifikation im Verhältnis von Ökonomie und Politik, wie sie der Globalisierungsprozess bedingt, büßt die Demokratie ihre Attraktivität für junge Menschen ein und verliert die traditionelle Bildungsarbeit an Effektivität, wenn nicht gar ihren Gegenstand. „Niemand mag mehr glauben, dass in den Parlamenten die Zentren der gesellschaftlichen Willensbildung zu sehen sind, eine rege Teilnahme am parteipolitischen Leben bürgerliche Selbstbestimmung zur Geltung bringt, die Freiheit der Medien den vernunftbestimmten Diskurs über Politik garantiert und sich die gesellschaftlichen Zukunftsentscheidungen dem grundgesetzlichen Sozialstaatsgebot gemäß steuern lassen.“ (Klönne 2001: 262)

Noch nie war politische Bildung in ihrer institutionell verfassten Form so bedroht und gleichzeitig so bedeutsam für das demokratische Gemeinwesen wie heute. Ohne sie kann weder der Zusammenhang zwischen Weltmarktdynamik und Armutsdramatik (vgl. Butterwegge et al. 2003: 87 ff.) hergestellt noch erwartet werden, dass sich junge Menschen für Politik interessieren. „Globalisierung“ kann nur durchschaut und aktiv bewältigt werden, sofern der politischen Bildung genügend Ressourcen zur Verfügung stehen, um eine größere (Breiten-)Wirkung zu erzielen.

Untersuchungen der Jugendforschung belegen, dass sich sowohl Jungen wie Mädchen mehr für politische und gesellschaftliche Probleme interessieren, als gemeinhin angenommen wird, und zwar vor allem für „globalpolitische“ Themenbereiche: Umweltschutz, Friedenssicherung und Bildung rangieren ganz oben (vgl. Melzer 1992: 91 f.). Ausgehend von globalen Problemen (Welthunger, Epidemien, Techno- und Naturkatastrophen), versucht das Globale Lernen, den „klassischen“ Spartendisziplinen wie etwa Friedenspädagogik, Umweltbildung, Menschenrechtserziehung und entwicklungspolitischer Bildungsarbeit eine gemeinsame, sie alle übergreifende und verbindende Perspektive zu geben (vgl. Gugel/Jäger 1999).

Globalisierung ist ein didaktischer Passepartout, der alle Gegenstandsbereiche politischer Bildung erschließt. Fragen nach den gesellschaftlichen Entwicklungsperspektiven („Wie und in welcher Welt wollen wir leben?“) bilden eine geeignete Basis für diverse Problemstellungen ökonomisch-sozialer, ökologischer und demokratischer Natur (vgl. Horn 1995: 496). Heute gehört es zu den Hauptaufgaben der politischen Bildung, Solidarität neu zu begründen, die neoliberale Standortlogik

zu widerlegen und den Blick auf sozialpolitische Alternativen zu lenken, die den inneren Frieden und die Demokratie garantieren können.

Charakteristisch für den Standortnationalismus wie für jede andere Spielart des Chauvinismus ist die Betonung des staatsbürgerlichen „Innen-außen“-Gegensatzes. Aufgabe der politischen Bildung wäre es, die Bedeutung dieser Konfliktlinie dadurch zu relativieren, dass der innergesellschaftliche „Oben-unten“-Gegensatz schärfer konturiert wird. Statt sich zu sehr mit „dem Fremden“, seiner vermeintlich Furcht einflößenden Wirkung und seiner möglichen Faszination zu beschäftigen, sollte die politische Bildung stärker auf die eigene bzw. Mehrheitsgesellschaft, genauer: deren ungleiche Einkommens- und Vermögens- sowie problematische Machtverhältnisse, schauen. (Kinder-)Armut und (Jugend-)Arbeitslosigkeit müssen als *gesamtgesellschaftliches* Phänomen, nicht als *individuelles* Problem, das schuldhaft herbeigeführt oder ein unabwendbares Schicksal ist, begriffen werden.

Statt die soziale mit der nationalen Frage zu verbinden, wie es Rechtsextremisten bzw. -populisten tun, muss die demokratische mit der sozialen Frage verknüpft werden. Damit die Demokratie in einer (fast) alle befriedigenden Weise funktionieren kann, bedarf sie wohlfahrtsstaatlicher Fundamente. Je brüchiger diese aufgrund permanenter Leistungskürzungen für Bedürftige werden und je stärker sich die soziale Polarisierung in Arm und Reich manifestiert, umso akuter ist die Demokratie gefährdet. Ebenso wenig, wie die Zuwanderung von sog. Gastarbeitern, Aussiedlern und Asylbewerbern nach dem Nutzen für das Aufnahmeland bzw. seine Bewohner/innen beurteilt werden darf, will man die weitere Ausbreitung des Rassismus unter diesen verhindern, darf der Sozialstaat nach dem Nutzen für den „Wirtschaftsstandort“ beurteilt werden, will man die Ausbreitung des Standortnationalismus verhindern.

Die neoliberale Hegemonie hat in der Gesellschaft bisher allgemein verbindliche Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen auf den Kopf gestellt. Galt früher der soziale Ausgleich zwischen den gesellschaftlichen Klassen und Schichten als erstrebenswertes Ziel staatlicher Politik, so steht heute den Siegertypen alles, den „Leistungsunfähigen“ bzw. „-unwilligen“ nach offizieller Lesart hingegen nichts zu. Wenn davon heute überhaupt noch die Rede ist, wird nach „*Generationengerechtigkeit*“ gerufen, die wachsende Ungleichheit *innerhalb aller* Generationen aber zunehmend ignoriert (vgl. hierzu: Butterwegge/Klundt 2003).

Seinen zutiefst inhumanen Charakter offenbart der Neoliberalismus nicht zuletzt durch die Art und Weise, wie er Menschen zu motivieren sucht. Während die Spitzenmanager durch Rekordgehälter,

Aktienoptionen und Sonderprämien für Massenentlassungen belohnt werden, unterwirft man viele Mitarbeiter/innen, die als arbeitnehmerähnliche oder Scheinselbstständige ohne gesetzlichen bzw. tariflichen Kündigungsschutz bleiben, durch hohe soziale bzw. Arbeitsplatzunsicherheit ständiger Existenzangst sowie durch ausgeklügelte Bewährungsmechanismen und Überprüfungsverfahren („Evaluationitis“) einem permanenten Kontroll- bzw. Leistungsdruck. Dahinter verbirgt sich im Grunde das Menschenbild einer Sklavenhaltergesellschaft.

Mit dem Wohlfahrtsstaat würde auch die moderne Demokratie sterben. Die politische Bildung muss daher nicht nur falsche Behauptungen und irreführende Standardargumente der Standortdiskussion (etwa im Hinblick auf die angeblich sinkende Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft: diese exportiert – bezogen auf die kleinere Einwohnerzahl bzw. den einzelnen Industriebeschäftigten – nämlich ein Mehrfaches ihrer Hauptkonkurrenten USA und Japan) zu widerlegen suchen, sondern auch die Kardinalfrage aufwerfen, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben wollen: Soll es eine Konkurrenzgesellschaft sein, die Leistungsdruck und Arbeitshetze weiter erhöht, Erwerbslose, Alte und Behinderte ausgrenzt sowie Egoismus, Durchsetzungsfähigkeit und Rücksichtslosigkeit eher honoriert, sich jedoch gleichzeitig über den Verfall von Sitte, Anstand und Moral wundert, oder eine soziale Bürgergesellschaft, die Kooperation statt Konkurrenzverhalten, Mitmenschlichkeit und Toleranz statt Gleichgültigkeit und Elitebewusstsein fördert? Ist ein permanenter Wettkampf auf allen Ebenen und in allen Bereichen, zwischen Bürger(inne)n, Kommunen, Regionen und Staaten, bei dem die (sicher ohnehin relative) Steuergerechtigkeit genauso auf der Strecke bleibt wie ein hoher Sozial- und Umweltstandard, wirklich anzustreben? Eignet sich der Markt tatsächlich als gesamtgesellschaftlicher Regelungsmechanismus, obwohl er auf seinem ureigenen Terrain, der Volkswirtschaft, ausweislich einer sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit, kläglich versagt? Darauf die richtigen Antworten zu geben heißt, den Neoliberalismus mitsamt seinem Konzept der „Standortsicherung“, aber auch den sich modernisierenden Rechtsextremismus, Nationalismus und Rassismus erfolgreich zu bekämpfen.

Literatur

Adolphs, Stephan/Hörbe, Wolfgang/Karakayali, Serhat (1998): Globalisierung als Schule der Nation. Zum neokonservativen Globalisierungsdiskurs, in: Annelie Buntenbach/Helmut Kellershohn/Dirk Kretschmer (Hrsg.), Ruck-wärts in die Zukunft. Zur Ideologie des Neokonservatismus, Duisburg, S. 98-119

Baumann, Jochen (1998): Die Transformation des Sozialstaats in der Globalisierung. Sozialpolitik als Standortpolitik, in: Andreas Dietl/Heiner Möller/Wolf-Dieter Vogel et al., Zum Wohle der Nation, Berlin, S. 23-37

- Bergmann, Joachim (1998): Die negative Utopie des Neoliberalismus oder Die Rendite muß stimmen. Der Bericht der bayerisch-sächsischen Zukunftskommission, in: Leviathan 3, S. 319-340
- Butterwegge, Christoph/Hickel, Rudolf/Ptak, Ralf (1998): Sozialstaat und neoliberale Hegemonie. Standortnationalismus als Gefahr für die Demokratie, Berlin
- Butterwegge, Christoph (2001): Wohlfahrtsstaat im Wandel. Probleme und Perspektiven der Sozialpolitik, 3. Aufl. Opladen
- Butterwegge, Christoph (2002): Rechtsextremismus, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien
- Butterwegge, Christoph (2003): Weltmarkt, Wohlfahrtsstaat und Zuwanderung, in: ders./Gudrun Hentges (Hrsg.), Zuwanderung im Zeichen der Globalisierung. Migrations-, Integrations- und Minderheitenpolitik, 2. Aufl. Opladen, S. 53-91
- Butterwegge, Christoph/Klundt, Michael (Hrsg.) (2003): Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Aufl. Opladen
- Butterwegge, Christoph/Holm, Karin/Imholz, Barbara/Klundt, Michael/Michels, Caren/Schulz, Uwe/Wuttke, Gisela/Zander, Margherita/Zeng, Matthias (2003): Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich, Opladen
- Dörre, Klaus (2001): Globalisierung – Ende des rheinischen Kapitalismus?, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main, S. 63-90
- Gugel, Günther/Jäger, Uli (1999): Welt ... Sichten. Die Vielfalt des Globalen Lernens, Tübingen
- Heitmeyer, Wilhelm (2001): Autoritärer Kapitalismus, Demokratieentleerung und Rechtspopulismus. Eine Analyse von Entwicklungstendenzen, in: Dietmar Loch/Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.), Schattenseiten der Globalisierung. Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus und separatistischer Regionalismus in westlichen Demokratien, Frankfurt am Main, S. 497-534
- Horn, Hans-Werner (1995): No time for losers. Rechte Orientierungen gewerkschaftlich organisierter Jugendlicher, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 8, S. 484-496
- Hufer, Klaus-Peter (2002): Politische Bildung auf dem Weiterbildungsmarkt, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Politische Bildung und Globalisierung, Opladen, S. 283-296
- Huffschmid, Jörg (1998): Globalisierung als Gegenreform. Das Thema: Neuverteilung von Reichtum, Macht und Lebenschancen, in: Regina Stötzel (Hrsg.), Ungleichheit als Projekt. Globalisierung – Standort – Neoliberalismus, Marburg, S. 39-51
- Klönne, Arno (2001): Schwierigkeiten politischer Jugendbildung beim Umgang mit dem Thema „Rechtsextremismus“, in: Christoph Butterwegge/Georg Lohmann (Hrsg.), Jugend, Rechtsextremismus und Gewalt. Analysen und Argumente, 2. Aufl. Opladen, S. 259-267
- Lutz, Helma (2000): Die Dienstmädchenfrage oder: Ein Beruf kehrt zurück. Über das Phänomen der neuen und alten Hausmädchen, in: Frankfurter Rundschau v. 18.6.

Mahnkopf, Birgit (1999): Soziale Demokratie in Zeiten der Globalisierung?, Zwischen Innovationsregime und Zähmung der Marktkräfte, in: Hans Eichel/Hilmar Hoffmann (Hrsg.), Ende des Staates – Anfang der Bürgergesellschaft. Über die Zukunft der sozialen Demokratie in Zeiten der Globalisierung, Reinbek bei Hamburg, S. 110-130

Melzer, Wolfgang (1992): Jugend und Politik in Deutschland. Gesellschaftliche Einstellungen, Zukunftsorientierungen und Rechtsextremismus-Potential Jugendlicher in Ost- und Westdeutschland, Opladen

Narr, Wolf-Dieter (1999): Zukunft des Sozialstaats – als Zukunft einer Illusion?, Neu-Ulm

Nonnenmacher, Frank (2002): Schule im „nationalen Wettbewerbsstaat“ – Instrumentalisierung der politischen Bildung?, in: Christoph Butterwegge/Gudrun Hentges (Hrsg.), Politische Bildung und Globalisierung, Opladen, S. 237-250

Odierna, Simone (2000): Die heimliche Rückkehr der Dienstmädchen. Bezahlte Arbeit im privaten Haushalt, Opladen

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.) (2003): Agenda 2010. Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung. Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, abgegeben in Berlin am 14. März, Bonn

Sonnenfeld, Christa (1998): „So etwas nenne ich Zwangsarbeit“. Der Abbau von Bürgerrechten der BezieherInnen sozialer Leistungen, in: Hanfried Scherer/Irmgard Sahler (Hrsg.), Einstürzende Sozialstaaten. Argumente gegen den Sozialabbau, Wiesbaden, S. 23-49

Zeuner, Bodo (1997): Entpolitisierung ist Entdemokratisierung. Demokratieverlust durch Einengung und Diffusion des politischen Raums. Ein Essay, in: Rainer Schneider-Wilkes (Hrsg.), Demokratie in Gefahr?, Zum Zustand der deutschen Republik, Münster, S. 20-34